Sarganserländer
7.11.22
+ Werdenberger + Obers.
+ ..

Essen oder Rechnungen bezahlen

Die geopolitische Lage und deren Auswirkungen auf die Energiepreise (so diese nicht wirtschaftlich oder profitgesteuert sind) beschäftigen uns alle auf irgendeine Art.

Ein Netzwerk-Beitrag
von Lorenz Bertsch*

Sei es, weil man sich allgemeine Sorgen macht oder Angst hat, dass man nicht mehr weiss, wie man alle Rechnungen bezahlen soll. Viele armutsbetroffene Menschen werden in nächster Zeit vor der Entscheidung stehen: «Soll ich mit dem restlichen Monatsgeld Essen einkaufen oder zum Beispiel die Rate für die exorbitant gestiegene Nebenkostenabrechnung bezahlen?»

Verschuldung wird gefördert

Im Tieflohnsegment, sprich bei den Working Poor, sind diese Ängste massiv vorhanden. Sie erhalten Briefe, in denen steht, dass sie im nächsten Jahr voraussichtlich zwei- bis dreimal so viel Nebenkosten bezahlen müssen wie bis anhin. Das bedeutet, dass sie anstatt 100 plötzlich 200 bis 300 Franken pro Monat bezahlen müssen. Oder sie müssen mit dem Auto am Morgen um 2 Uhr in der Firma zur Schichtarbeit erscheinen und haben monatliche Mehrkosten von 100 Franken! Auch die Stromkosten ergeben Mehrkosten von 50 Franken! Zusätzlich erschwerend ist, dass die Krankenkassen teurer werden, und auch die Lebensmittel kosten mehr. Die gesamten Mehrkosten werden sich voraussichtlich je nach Fall auf 300 bis 500 Franken pro Monat beziffern. Für eine Working-Poor-Familie ist das schlichtweg nicht mehr finanzierbar und es besteht grosse Gefahr, dass sie sich verschuldet.

Miete und Krankenkasse nicht im Warenkorb enthalten

Die Armutsproblematik beziehungsweise die gesellschaftliche Umverteilung hat schon vor vielen Jahren begonnen. In den letzten 20 Jahren sind die Löhne im Tieflohnsegment faktisch nicht gestiegen. Dem gegenüber ist das Wohnen massiv teurer geworden und die Krankenkasse im Durchschnitt um 300 Prozent gestiegen. Massgebend für die Problematik ist, dass die Miete und Krankenkassen nicht im Warenkorb enthalten sind und entsprechend keinen Einfluss auf die Teuerung und eine eventuelle Lohnerhöhung haben. Dies zeigt auf, dass diese Menschen schon seit vielen Jahren immer weniger Geld für den Lebensbedarf zur Verfügung haben. Working-Poor-Familien müssen für die Miete, Krankenkasse und anfallende Gesundheitskosten jetzt schon zwischen 50 bis 60 Prozent ihres Lohnes aufwenden.

Verheerende sozialpolitische Folgen

Die sozialpolitischen Folgen werden voraussichtlich verheerend sein. Die Problematik trifft mit voller Wucht die Menschen, welche arbeiten, aber am Existenzminimum leben, und für welche kein soziales Auffangnetz vorhanden ist. Die Menschen, welche jetzt schon am Limit laufen, sparsam leben und trotzdem jeden Monat Angst haben, ob das vorhandene Geld für den Einkauf der Lebensmittel reicht.

«Die können sich ja beim Sozialamt melden»

«Wo ist das Problem?», höre ich immer wieder. «Die können sich ja beim Sozialamt anmelden.» Ein grosses Missverständnis oder eventuell auch eine Ausrede, welche schlichtweg unwahr ist. Sie können sich nicht anmelden, weil ihr Einkommen am oder knapp über dem sozialhilferechtlichen Existenzminimum liegt. Einem Sozialamt ist es egal, ob eine Working-Poor-Familie plötzlich 300 bis 500 Franken Mehrkosten pro Monat hat. Grundlage ist das sozialhilferechtliche Existenzminimum. Basta.

> Die Problematik trifft mit voller Wucht jene Menschen, die arbeiten, aber am Existenzminimum leben.

20 Prozent der St.Galler Bevölkerung sind gefährdet

Um die Verschuldung oder das Abrutschen von immer mehr Menschen in die Armut zu verhindern, ist es wichtig, dass Massnahmen ergriffen werden. Werden keine Massnahmen ergriffen, muss davon ausgegangen werden, dass circa 20 Prozent der St.Galler Bevölkerung Gefahr laufen, sich trotz Arbeit zu verschulden oder in absoluter Armut zu leben.

Bestrafen oder ein würdiges Leben ermöglichen

Wir stehen jetzt vor der Entscheidung, ob wir eine Zukunft herbeisehnen, welche künftig armutsbetroffene und armutsgefährdete Menschen noch mehr erniedrigt und bestraft und somit den Graben zwischen Armen und Reichen vergrössert. Oder ob wir uns jetzt der Schwächsten und Ärmsten unserer Gesellschaft annehmen, sie stärken und gemeinsam Lösungen suchen, damit auch armutsbetroffenen Menschen ein würdiges und unverschuldetes Leben ermöglicht werden kann.

* Lorenz Bertsch ist Leiter der Caritas-Regionalstelle in Sargans und Bereichsleiter Sozial- und Schuldenberatung CSA.